

Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung: Aufhebung der Zeichenbeschränkung für diese DV

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 30. April 2022, La Roche (FR)

Art. 5 Dokumente der Versammlungen

Gemäss Artikel 11 unserer Statuten ist die Delegiertenversammlung für die Verabschiedung von Positionspapieren, Massnahmenplänen, Resolutionen und Anträgen an die Delegiertenversammlung zuständig. Die Fristen für die Einreichung solcher Dokumente sowie die Personen, welche diese Dokumente einreichen können, sind in den Statuten der JUSO Schweiz aufgeführt.

Bei den Positionspapieren und Massnahmenplänen handelt es sich um Dokumente von unbeschränktem Umfang, für die (innerhalb der vorgeschriebenen Fristen) Änderungsanträge eingereicht werden können.

Die Resolutionen sind ~~ohne Begründung auf 4'000 Zeichen begrenzt~~, nicht antragsberechtigt und sollen zu einem aktuellen Thema Stellung nehmen.

Die Anträge an die Delegiertenversammlung sind kurze Vorschläge für interne Verfahrensregeln oder Regeln für die Durchführung von Projekten, die mit einer Begründung versehen sind und nicht antragsberechtigt sind.

Anträge an Positionspapiere, Massnahmenpläne oder die Statuten sind präzise und konkrete Vorschläge zur Anpassung bestimmter Passagen des Positionspapiers, des Massnahmenplans oder der Statuten der JUSO Schweiz mit Begründung.

Die Israel-Palästina-Resolution, die von der Geschäftsleitung geschrieben wurde, umfasst 9000 Zeichen, also 5000 Zeichen mehr, als die Geschäftsordnung erlaubt. Dies ist die erste Stellungnahme der JUSO Schweiz zu der israel-palästinensischen Frage: Das Thema ist komplex und die Geschichte lang, die Erklärungen und die Liste mit den unzähligen Menschenrechtsverletzungen kann nicht ganz vereinfacht geschrieben werden, weshalb es deutlich mehr als 4000 Zeichen in Anspruch nahm. Deshalb stellen wir den Antrag, den Artikel 5 mit der Zeichenbeschränkung für Resolutionen für diese DV aufzuheben.

Wir möchten jedoch keinen Präzedenzfall schaffen und uns keine ungerechten Privilegien aufgrund unseres Mandats einräumen. Wir würden uns daher über euer Verständnis für diese Ausnahmesituation freuen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen.